

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Ulrich
Oehme, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/27842 –**

Bildung für Nachhaltigkeit, Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Entwicklungsländern

A. Problem

Berufliche Bildung (BB) als arbeitsnahe Aus- und Weiterbildung ist, nach Auffassung der Antragsteller, ein zentraler Baustein einer erfolgreichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und ermöglicht den Menschen, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Dieser Baustein kommt im Idealfall zu einer bereits vorhandenen soliden Grundbildung hinzu. In vielen Entwicklungsländern mangelt es jedoch gerade an einer solchen elementaren Bildung. Derzeit leben in Subsahara-Afrika rund 200 Millionen Analphabeten, 60 Prozent davon sind Frauen. Zwar ist die junge Generation bereits deutlich besser gebildet als ihre Eltern, aber trotzdem ist die Bildungssituation weiterhin besorgniserregend.

Bildung ist der Entwicklungsmotor schlechthin und sie hat den größten Einfluss auf die verschiedensten Lebens- und Gesellschaftsbereiche. Durch kulturellen Austausch und gegenseitiges Verständnis im Rahmen einer nachhaltigen Verbundenheit mit Deutschland könnten nach Auffassung der Antragsteller insbesondere künftige Partner für die deutsche Wirtschaft, Politik und Wissenschaft gewonnen werden. Deshalb ist insbesondere die Förderung der deutschen Sprache, in Ergänzung zum Angebot einer BB, sinnvoll, denn sie stärkt den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig, zumal sie einen wichtigen Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft darstellt. Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann Deutschland von der demografischen Dividende wirtschaftlich profitieren. Der volkswirtschaftliche Gewinn kann durch BB gesteigert und durch die Förderung der deutschen Sprache verfestigt werden.

Mit zunehmendem Bildungsstand der Bevölkerung sinken Mortalität und Fertilität, was zu einem Abebben des Bevölkerungswachstums führt. Dadurch bereitet Bildung den Weg zu einer günstigen Altersstruktur, nämlich dem demografischen

Bonus. Bildung für Frauen ist in jeder Hinsicht zentral, denn gebildete Frauen bekommen in der Regel später und weniger Kinder. Frauen mit einem höheren Bildungsstand suchen sich nach Auffassung der Antragsteller in der Regel ebenso gut ausgebildete Männer oder bleiben als Single kinderlos. Durch Bildung wird zudem die kulturelle Identität von Gesellschaften gestärkt. All dies vermindert nachhaltig die Auswanderung aus diesen Ländern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27842 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Gabi Weber
Berichterstatterin

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Olaf in der Beek
Berichterstatter

Helin Evrim Sommer
Berichterstatterin

Ottmar von Holtz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Wolfgang Stefinger, Gabi Weber, Dietmar Friedhoff, Olaf in der Beek, Helin Evrim Sommer und Ottmar von Holtz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/27842** in seiner 217. Sitzung am 24. März 2021 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, das deutsche Erfolgsmodell der arbeits- und arbeitsmarktnahen Bildung und Weiterbildung im Rahmen der EZ auszubauen; ebenso soll die vorherige Grundbildung entwicklungspolitisch abgebildet werden.

Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Angebot durchgängiger Bildungsbiographien mit starkem Deutschlandbezug zu erarbeiten, und dabei sollen die Chancen der Digitalisierung entschieden genutzt werden. Die besonderen Querschnittsthemen der inklusiven Bildung sowie der Geschlechtergleichstellung sollen mit sofortiger Wirkung eingestellt werden; das gelte ebenso für das allgemeine Querschnittsthema der Nachhaltigkeit.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Bildung stets vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums als größten Entwicklungshemmer zu sehen, sie vor dem Hintergrund der demographischen Dividende aber als Chance für deutsche Unternehmen, Gewinne zu erzielen, wahrzunehmen. Bildung soll innerhalb der EZ als Mehrwert deutscher wirtschaftlicher Interessen gestaltet und verbreitet werden.

Schließlich soll die Bundesregierung Bildung für Frauen als tragende Säule einer gesamtgesellschaftlichen wirtschaftlichen Entwicklung begreifen und das Thema Bildung zur Förderung der kulturellen Identität von Gesellschaft auffassen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/27842 in seiner 81. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/27842 in seiner 73. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 78. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** führt aus, dass man mit dem Antrag im Kern noch einmal die Punkte verstärken möchte, die für sie wichtig seien. Grundbildung sollte in der Lage sein, kulturelle Identitäten zu stärken. Diese würden aus ihrer Sicht den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Wirtschaftswachstum voranbringen. Grundbildung sei ebenfalls enorm wichtig, um dem Bevölkerungswachstum entgegenzuwirken. Deswegen wäre dieser Aspekt

in der EZ entscheidend. Das arbeite man mit dem vorliegenden Antrag erneut heraus, wie es bereits in einem anderen Antrag der Fraktion der AfD zur deutschen Sprache aufgegriffen worden wäre.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist zunächst auf den bereits beschlossenen Koalitionsantrag „Berufliche Bildung als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Im Rahmen dieses Antrags werde die zentrale Bedeutung der Grundbildung für die spätere Berufsbildung herausgestellt. Das BMZ führe den Bereich Grundbildung multilateral weiter, wohingegen die BB bilateral als Schwerpunkt weiter ausgebaut werde. Wie häufig bei den Anträgen der Fraktion der AfD werde auch hier in vielen Punkten über das Ziel hinausgeschossen. So werde beim Thema der Förderung durch Deutschland die EZ mit Außenwirtschaftsförderung verwechselt, und einmal mehr sollten die Maßnahmen ausschließlich deutschen Interessen dienen. Dies offenbare das grundlegende Missverständnis von Entwicklungspolitik, das den entwicklungspolitischen Vorstößen der AfD zugrunde liege. Die AfD habe völlig missverstanden, was die deutsche EZ leisten solle und könne. Auch deshalb werde die Fraktion der CDU/CSU den Antrag ablehnen. Die Forderung im Antrag der Fraktion der AfD, Frauen als tragende Säule der Entwicklung zu begreifen, sei im Übrigen längst eine zentrale Maxime des Handelns in der deutschen EZ. Der gesamte Duktus des Antrags laufe erneut in die Richtung, nur deutsche Interessen zu berücksichtigen. So funktioniere Entwicklungspolitik auf Augenhöhe nicht.

Die **Fraktion der SPD** merkt an, dass der zum Thema vorliegende Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU/CSU ein sehr guter Antrag sei. Man fordere darin, neben der schulischen Grundbildung auch die BB verstärkt zu fördern, insbesondere durch eine intensive Zusammenarbeit mit der multilateralen Global Partnership for Education (GPE). BB sei im Bereich der bilateralen Zusammenarbeit sehr gut aufgehoben. Das könnte man als Trennung bezeichnen, aber letztendlich arbeite man in bestimmten Teilbereichen mit den multilateralen Organisationen Hand in Hand und Sorge so gemeinsam dafür, dass eine Grundlage für die spätere BB sichergestellt werde. Man fördere die Bildungssysteme in einem Partnerland, und damit würden die Voraussetzungen verbessert, dass insbesondere Mädchen und Frauen ein besserer Bildungszugang ermöglicht würde. Die Fraktion der AfD bestreite in zahlreichen Anträgen, dass Gender-Politik vernünftig zur Stärkung von Mädchen und Frauen wäre, aber in dem vorliegenden Antrag erwecke sie den Eindruck, als ob das ihr besonderes Anliegen wäre. Das sei ein großer Widerspruch und wäre entlarvend. Hinzu komme, dass immer wieder davon die Rede sei, dass die Fraktion der AfD den Menschen in Afrika das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem sowie die deutsche Sprache näher bringen wolle. Dabei stelle sich die Frage, warum man gleichzeitig den Bau der Festung Europa fordere. Wenn es die Partei AfD ehrlich meinte, dann würde sie Jugend- und Bildungsaustauschprogramme zwischen Deutschland und afrikanischen Staaten fordern, damit Menschen aus Afrika in Deutschland Erfahrungen mit der deutschen Sprache, der Kultur und dem Ausbildungssystem machen könnten. Das wäre sinnvoll; die Fraktion der SPD warte auf entsprechende Vorschläge. Den vorliegenden Antrag lehne man ab.

Die **Fraktion der FDP** legt dar, dass die Priorität der Entwicklungspolitik nicht sein könne, dass deutsche Unternehmen im Ausland Gewinne machen würden. Vielmehr müsse die EZ Bildungschancen für die Bürger der Entwicklungsländer schaffen, denn das wäre Hilfe zur Selbsthilfe. Eine reine Fokussierung auf deutsche Interessen sei nicht Inhalt der EZ. Es bleibe in dem Antrag völlig unklar, wie Maßnahmen zur Verbreitung der deutschen Sprache in Entwicklungsländern den dort lebenden Menschen helfen könnten. Da die AfD sich ständig gegen Migration aus diesen Ländern positioniere, könne sie Aufenthalte von dort nicht wollen. Im Weiteren würden Frauen im Antrag zwar als tragende Säulen einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung beschrieben, aber es fehlten jegliche Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter oder andere Forderungen, die dem Thema gerecht würden. Es handle sich um einen „halbseidenen Antrag“, der nicht zielführend wäre, und deswegen lehne die Fraktion der FDP ihn ab.

Die **Fraktion DIE LINKE** erläutert, dass man selber einen kostenlosen Zugang zu einer guten öffentlichen Bildung für alle fordere. In dem vorliegenden Antrag gehe es jedoch einmal mehr um die Verbreitung der deutschen Sprache als wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Es gehe nicht darum, den Menschen Bildungschancen oder eine Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen, sondern die Fraktion der AfD habe ausschließlich deutsche Wirtschaftsinteressen vor Augen. Bildung für alle sei für die Fraktion DIE LINKE ein Menschenrecht, wohingegen der Verweis auf deutsche Interessen ein „nationalistischer Irrsinn“ sei; daher werde man den Antrag ablehnen.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstreicht, dass die Fraktion der AfD insbesondere in der EZ „als Schaf“ daherkomme, aber man wisse mittlerweile, dass „ein Wolf“ dahinter stecke. Es gebe viele Untersuchungen dazu, dass man zunächst seine eigene Muttersprache gut beherrschen müsse, um später gut Fremdsprachen lernen

zu können. Gerade in einigen afrikanischen Ländern, wo es viele unterschiedliche Muttersprachen gebe, wäre es extrem wichtig, dass in der Grundschule eine Grundausbildung in Mehrsprachigkeit erfolge, damit man sich mit- und untereinander verständigen könnte. Damit wäre sicherlich nicht die deutsche Sprache gemeint, die in dem Antrag als Modul vorgesehen sei. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Fraktion der AfD von einem deutschen Commonwealth träume. Es werde in dem Antrag zwar das Thema Bildung für Frauen aufgegriffen, aber man sehe auch hier, dass kein Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Kinderzahlen auf der einen Seite und Frauenrechten, Familienplanung und Selbstbestimmungsrechten auf der anderen Seite hergestellt werde. Vielmehr solle die Bildung im Bereich Geschlechtergerechtigkeit abgeschafft werden. Das gelte ebenfalls für die Nachhaltigkeitsaspekte der Agenda 2030, die einzustellen seien. Da müsse man sich in Tat fragen, was dieser Antrag bei der Entwicklungspolitik wolle; deswegen werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag ablehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichtersteller

Gabi Weber
Berichterstellerin

Dietmar Friedhoff
Berichtersteller

Olaf in der Beek
Berichtersteller

Helin Evrim Sommer
Berichterstellerin

Ottmar von Holtz
Berichtersteller

